

die Volksrepublik China erhöht werden. Der seit 1973 unverändert gültige Preis von 40 US\$ pro Tag und Person wird für Gruppen ab zehn Teilnehmern auf 65 \$ steigen, für Gruppen mit 2-9 Teilnehmern liegen die täglichen Kosten bei 90 \$, Einzelreisende müssen 130 \$ pro Tag bezahlen. Diese Preise schließen Vollpension im Hotel, Reiseführer u.ä. ein, jedoch keine Bahn- und Flugreisen.

Diese neuen Preise gab Lu Xuzhang, Generaldirektor der Allgemeinen Verwaltung für Reise und Tourismus in China, bekannt. Er sprach auf einer nationalen Konferenz über die Zukunft der chinesischen Tourismusindustrie in dem Badeort Beidaihe. Die Konferenz traf die Einschätzung, daß der Tourismus rasch wachsen werde und Millionen Touristen in den nächsten Jahren nach China kommen würden. In den ersten acht Monaten d.J. seien einschließlich der Überseechinesen und der "Landsleute aus Hongkong, Macao und Taiwan" bereits 670.000 Touristen in China zu verzeichnen gewesen. Zur Förderung des Fremdenverkehrs werden die Hotelkapazitäten erhöht und andere für den Tourismus nötige Dienstleistungen ausgebaut werden. Es sei zudem beabsichtigt, Möglichkeiten zum Jagen, Skilaufen und Segeln zu schaffen, das Baden in heißen Quellen und heißem Dampf und die Behandlung mit traditionellen chinesischen Heilmethoden für Ausländer zu ermöglichen.

Es sollen vierzig große Touristikzentren gebaut werden, darunter Peking, Schanghai, Nanjing, Guangzhou (Kanton), Guilin, Hangzhou, Xi'an und Kunming. 15 neue Hotels werden gebaut. Außerdem sei auch die Beteiligung von ausländischem Kapital bei der Förderung des Tourismus in China sehr willkommen (DGB, 27.9.79).

Als Ergänzung kündigte das Staatliche Fremdenverkehrsbüro Luxingshe spürbare Preiserhöhungen im Personenverkehr der chinesischen Eisenbahnen an. Danach sollen die Fahrpreise für Ausländer ab 1. Januar 1980 um 75% steigen. Keine Angaben wurden über den Umfang der Preissteigerungen für Chinesen gemacht, die bisher genausoviel wie Ausländer bezahlen mußten.

- ga -

INNENPOLITIK

(16) 11. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. NVK

Die 11. Plenarsitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses fand vom 11.-13. September 1979 in Peking statt. Den verschiedenen Berichten zufolge faßten die Teilnehmer der Plenarsitzung insgesamt neun Beschlüsse:

1. Verabschiedung des "Umweltschutzgesetzes der Volksrepublik China" zur versuchsweisen Anwendung (Text in RMRB, 17.9.79; engl. Übersetzung in SWB, 24.9.79; vgl. RMRB, 18.9.79).
2. Verabschiedung einer Resolution, nach der die Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte ermächtigt werden, bereits vor Inkrafttreten des Organisationsgesetzes der lokalen Volkskongresse und der lokalen Volksregierungen am 1. Januar 1980 lokale Volkskongresse einzuberufen, die Ständigen Ausschüsse der Volkskongresse auf Provinzebene zu wählen und lokale Volksregierungen

an die Stelle der Revolutionskomitees auf Provinzebene einzusetzen, wenn hierzu die Vorbereitungen bereits getroffen worden sind (s. hierzu auch die Übersicht "Tagungen der Volkskongresse auf Provinzebene" und das Thema hierzu in diesem Heft).

3. Ernennung von Ji Pengfei zum stellvertretenden Ministerpräsidenten des Staatsrates. Der 70jährige Ji Pengfei zählt zu den außenpolitischen Spitzenpolitikern der Volksrepublik China. Von 1953 bis 1955 war er Botschafter in der DDR und wurde danach zum stellvertretenden Außenminister ernannt. 1972 stieg Ji Pengfei zum Außenminister auf, wurde jedoch im Dezember 1976 von Huang Hua in dieser Position abgelöst. Ji Pengfei, der über erhebliche Auslandserfahrungen verfügt, ist Mitglied des Zentralkomitees der KPCh und Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen beim Zentralkomitee. Mit seiner jetzigen Ernennung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten wird er von seinen Ämtern als stellvertretender Vorsitzender, Generalsekretär und Mitglied des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses entbunden.

4. Schaffung des 8. Maschinenbauministeriums. Das 8. Maschinenbauministerium geht aus dem im Jahre 1975 gebildeten 8. Allgemeinen Maschinenbaubüro hervor. Dem Büro unterstand die gesamte chinesische Rüstungsindustrie. Die Tatsache, daß es nun zum Ministerium aufgewertet wurde, zeigt die Bedeutung, die die chinesische Führung dem Ausbau der Rüstungsindustrie beimißt. Zum Minister des 8. Maschinenbauministeriums wurde Jiao Ruoyu ernannt.

5. Wiedereinrichtung des Justizministeriums. Das frühere Justizministerium der Volksrepublik China war bereits im Jahre 1959 abgeschafft worden. Ein Teil seiner Arbeit war seitdem vom Obersten Volksgerichtshof erledigt worden. Da das auf der 2. Tagung des V. NVK verabschiedete Organisationsgesetz der Volksgerichtshöfe festlegt, daß die juristische Verwaltungsarbeit der Volksgerichtshöfe auf allen Ebenen von juristischen Verwaltungsorganen geleitet werden muß, wurde die Wiedereinrichtung des Justizministeriums notwendig. In der Erläuterung des Antrags auf Schaffung des Justizministeriums ging der stellvertretende Ministerpräsident Yu Qiuli auch auf die Hauptaufgabe des Justizministeriums ein. Danach soll das Ministerium künftig eine einheitliche Kontrolle über die verschiedenen dem Gericht unterstehenden Organe ausüben, juristische Kader anleiten und ausbilden, Forschungsinstitute für politische und juristische Angelegenheiten gründen und leiten, ein System von Notaren schaffen, das Rechtswesen popularisieren, Gesetze und Dekrete zusammenstellen, Kontakte mit anderen Ministerien in gemeinsamen Fragen herstellen und andere juristische und Verwaltungsarbeiten erledigen, um die Durchsetzung aller Bestimmungen der staatlichen Gesetze zu gewährleisten. Zum Minister des wiedereingerichteten Justizministeriums wurde Wei Wenbo ernannt.

6. Wiedereinrichtung des Ministeriums für Geologie. Das alte Ministerium für Geologie war 1970 abgeschafft worden. Seine Arbeit war damals von der staatlichen Planungskommission übernommen worden. 1975 wurde dann vom Staatsrat das Büro für Geologie gegründet, aus dem nun wieder das Ministerium für Geologie hervorgegangen ist. Zum Minister des Ministeriums für Geologie wurde Sun Daguang ernannt.

7. Ernennung von Wu Bo zum Finanzminister. Der bisherige Finanzminister Zhang Jingfu wurde von seinem Amt entbunden.

8. Ernennung von Zhang Jingfu zum stellvertretenden Generalsekretär der Kommission für Finanzen und Wirtschaft beim Staatsrat.

9. Ernennung von Xi Zhanyuan zum stellvertretenden Generalstaatsanwalt der Obersten Volksanwaltschaft.

(Xinhua, 13.9.79, nach SWB, 17.9.79; XNA, 14.9.79)

- sch -

(17) Chinas Führung greift das Nachfolgeproblem auf

Die chinesische Partei- und Staatsführung hat im August d.J. damit begonnen, die Lösung des Problems der politischen Nachfolge in Angriff zu nehmen. Wieder einmal war es der Konstrukteur des neuen politischen Kurses in der VRCh, der stellvertretende Ministerpräsident und stellvertretende Parteivorsitzende Deng Xiaoping, der die Weichen hierzu stellte: In einer als bedeutsam eingestuften Rede über die Verwirklichung der Beschlüsse der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees vom Dezember letzten Jahres, die Deng auf einer erweiterten Sitzung des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees der regierungsunmittelbaren Stadt Tianjin im August d.J. hielt, betonte er die Notwendigkeit, die Frage der Nachfolge zu regeln und Führungskader auszuwählen und heranzubilden (Dongxiang, Nr.12, 16.9.79). Auf der Grundlage der Rede Deng Xiaopings gelangten die Teilnehmer der erweiterten Sitzung des Ständigen Ausschusses des Tianjiner Parteikomitees zu der Einschätzung, daß die Auswahl von Nachfolgern "das gegenwärtig größte und dringendste Problem in bezug auf die Organisation" darstelle. Die Durchsetzung des richtigen politischen und ideologischen Kurses der 3. Plenartagung müsse durch eine loyale Parteiorganisation garantiert sein. Aus diesem Grunde müsse die Parteiorganisation dahingehend verstärkt werden, daß Führungsorgane aufgebaut würden, die den Erfordernissen der "Vier Modernisierungen" voll entsprechen (Radio Tianjin, 23.8.79, nach SWB, 7.9.79; RMRB, 27.8.79).

Der Ständige Ausschuß des Tianjiner Parteikomitees setzte auf seiner erweiterten Sitzung im August d.J. drei Anforderungen fest, die von den Nachwuchsführungskräften erfüllt werden müßten:

1. Sie müssen die politische und ideologische Linie der 3. Plenartagung des XI. ZK der KPCh unterstützen.
2. Sie müssen Parteigeist zeigen, d.h. im Interesse der Mehrheit der KPCh-Mitglieder arbeiten und die offizielle, d.h. mehrheitlich in den Führungsorganen der Partei beschlossene KP-Politik unterstützen, und sie dürfen sich nicht dem Fraktionsgeist hingeben, d.h. im Interesse von Minderheitsfraktionen die offiziell gültige KP-Politik sabotieren.
3. Sie sollten zwischen ungefähr vierzig und fünfzig Jahren alt sein, eine gute Gesundheit haben und in der Lage sein, pro Tag acht Stunden zu arbeiten (ebenda).

Der eigentliche Autor dieser drei Auswahlkriterien für politische Nachfolger dürfte jedoch Deng Xiaoping selbst gewesen sein, denn auch aus anderen Provinzen wurde von diesen drei Anforderungen berichtet (Radio Zhejiang, 3.9.79, nach SWB, 11.9.79; Radio Shandong, 18.8.79, nach SWB, 23.8.79; Radio Henan, 6.9.79, nach SWB, 11.9.79).

Es sind im wesentlichen zwei Gründe, die die chinesische Führung jetzt bewegen haben, das Nach-

folgeproblem aufzugreifen. Da ist zunächst die totale Überalterung der chinesischen Führungsmannschaft: Das Durchschnittsalter im dreißig Mitglieder zählenden Politbüro (28 Vollmitglieder und 2 Kandidaten) des Zentralkomitees der KPCh beträgt mittlerweile 69 Jahre, und im nur sechs Mann umfassenden höchsten politischen Entscheidungsgremium Chinas, dem Ständigen Ausschuß des Politbüros, beträgt das Durchschnittsalter gar 71 Jahre. Dabei muß für die Vertreter des neuen Kurses beunruhigend sein, daß gerade sie zu den ältesten der gegenwärtigen Führungsspitze zählen: Deng Xiaoping ist 75 Jahre alt, Chen Yun 73 Jahre, Marschall Ye Jianying sogar 81 Jahre, Li Xiannian 73 Jahre, Deng Yingzhao, die Witwe Zhou Enlais, 76 Jahre, Xu Xiangqian 77 Jahre, Nie Rongzhen 80 Jahre und Liu Bocheng sogar 87 Jahre alt. In den Führungsorganen der Provinzen sieht es ebenfalls kaum anders aus: Viele ProvinzparteiSekretäre sind über 70 Jahre alt, und nur ganze vier von insgesamt 29 sind jünger als 60 Jahre. Vor dem Hintergrund dieser Überalterung der chinesischen Führungsmannschaft und der teilweise erheblichen Altersschwäche einzelner chinesischer Politiker erscheint jene Anforderung an künftige Spitzenpolitiker, mindestens acht Stunden pro Tag arbeiten zu können, keineswegs mehr skurril.

Der zweite Grund für die chinesische Führung, die Lösung des Nachfolgeproblems jetzt verstärkt in Angriff zu nehmen, ist die Notwendigkeit, den neuen politischen Kurs auch personell auf allen Ebenen der Parteiorganisation abzusichern, und zwar nicht nur für die nächste Zeit, sondern auch für die weitere Zukunft. Deng und seine Anhänger brauchen eine junge, loyale Parteiorganisation, um die Kontinuität der gegenwärtig gültigen Politik auch dann noch zu gewährleisten, wenn die Alte Garde antimaoistischer Politiker in nicht allzu ferner Zeit verstorben ist. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß die Heranbildung eines der Dengschen Politik verpflichteten Nachwuchses als eine "Aufgabe von größter strategischer Bedeutung" bezeichnet wird, "die sofort in Angriff genommen werden muß" (Radio Shandong, 18.8.79, nach SWB, 23.8.79).

- sch -

(18) Noch ein Drittel der Funktionäre gegen Dengs Politik

Der stellvertretende Ministerpräsident und stellvertretende Parteivorsitzende Deng Xiaoping hat nach Angaben der Hongkonger kommunistischen Zeitschrift Zhengming (Nr.24 v. 1.10.79) vor kurzem auf einer Tagung erklärt, daß nur ein Drittel der Funktionäre entschlossen hinter den Beschlüssen der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh stünden. Ein weiteres Drittel nehme nach wie vor eine unentschiedene Haltung ein und warte die künftige Entwicklung ab. Das letzte Drittel der Partei- und Staatsfunktionäre sei nach wie vor gegen die auf der 3. Plenartagung gefällten Beschlüsse eingestellt. Auf der 3. Plenartagung im Dezember letzten Jahres waren bekanntlich der neue politische Kurs in China parteioffiziell abgesegnet, die maoistischen Dogmatiker um Wang Dongxing entscheidend geschwächt und die Position der "Realisten" um Deng Xiaoping sowohl politisch als auch personell erheblich gestärkt worden (s. hierzu u.a. C.a., Juni 1979, S.687-691).

Die Angaben Deng Xiaopings, die dieser sehr wahrscheinlich auf der erweiterten Sitzung des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees der regierungs-

unmittelbaren Stadt Tianjin Mitte August machte, bestätigen die schon früher veröffentlichte Einschätzung, daß es innerhalb der chinesischen Partei- und Staatsorgane nach wie vor teilweise erheblichen Widerstand gegen die neue Politik gibt, und zwar insbesondere auf der mittleren und unteren Ebene (s. C.a., August 1979, Ü 12; C.a., Mai 1979, Ü 24, Ü 25 und Ü 26). Selbst auf der Führungsebene, die weitgehend mit Anhängern von Deng Xiaoping und Chen Yun besetzt ist, ist es bisher nicht gelungen, die dogmatischen Exponenten des maoistischen Kurses vollständig auszuschalten. Die 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im Sommer d.J. und die jüngst erfolgte 4. Plenartagung des XI. Zentralkomitees stützten zwar erneut den Linken politisch und indirekt auch personell (durch zusätzliche Wahl von antimaoistischen Kräften) die Flügel, doch zu einer Abwahl von Wang Dongxing, Chen Xilian, Wu De, Chen Yonggui, Seypidin und Ji Dengkui kam es nicht.

Neben Deng Xiaoping beklagte sich unlängst mit Chen Yun noch ein weiterer Exponent der neuen Politik über erhebliche Widerstände gegen dieselbe. Auf einer Sitzung der Kommission für Finanz und Wirtschaft des Staatsrates führte Chen Yun aus, daß es nicht wenige Leute gebe, die gegen seine Pläne einer durchgreifenden Wirtschaftsreform in China seien. Deshalb habe er es zunächst aufgegeben, weiter darüber zu reden (nach Zhengming, Nr.24, 1.10.79). Auf den Sitzungen dieser Superkommission, die als oberstes Lenkungsorgan der chinesischen Wirtschaft die zentrale Aufgabe hat, den Weg der wirtschaftlichen Modernisierung Chinas den gegebenen Möglichkeiten anzupassen, dürften freilich weiterhin fleißig Pläne für eine zukünftige Wirtschaftsreform Chinas geschmiedet werden - Unstimmigkeiten über den künftigen Kurs Chinas in Wirtschaft und Finanzen dürfte es in diesem Gremium kaum geben, da alle seine Mitglieder der Fraktion um Deng Xiaoping und Chen Yun zuzurechnen sind. Chinas derzeit eifrigster Verfechter einer Wirtschaftsreform, der 81jährige Chen Yun, ist außerdem der Vorsitzende der Kommission für Finanz und Wirtschaft.

Die sich im August und September häufenden Berichte in den chinesischen Massenmedien über Fraktionierungen und Fraktionskämpfe in den Provinzen, z.B. in der Inneren Mongolei (s. RMRB, 4.9.79), weisen ebenfalls auf Widerstände gegen eine Politik hin, die in den Augen von nicht wenigen chinesischen Funktionären auf die Errichtung des jahrzehntelang verteufelten Kapitalismus hinausläuft. Die in Peking erscheinende Untergrundzeitschrift "Untersuchungen" (tansuo) berichtete sogar von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Gegnern und Anhängern der "Viererbande" auf der Insel Hainan. Bei den Unruhen habe es 300 Tote und Verwundete gegeben. Schließlich hätten 2 Divisionen der chinesischen Volksbefreiungsarmee mit einer Stärke von ca. 20.000 Mann eingreifen müssen, um der Kämpfe Herr zu werden. Viele der maoistischen Radikalen hätten sich in ein Bergversteck zurückgezogen (A.P., Peking, 2.10.79, nach FAZ, 3.10.79; vgl. C.a., August 1979, Ü 13).

- sch -

(19) Weitere Aufwertung Liu Shaoqis

Die chinesische Partei- und Staatsführung treibt die psychologische Vorbereitung der Bevölkerung auf eine bevorstehende Rehabilitierung des 1969 verstor-

benen früheren Staatspräsidenten Liu Shaoqi weiter voran: Auf der anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1979 eröffneten Ausstellung über die Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas von 1921-1949 wurde ein riesiges Gemälde ausgestellt, das den von Mao während der Kulturrevolution verteufelten Liu Shaoqi überlebensgroß an der Seite von Zhou Enlai und Zhu De bei der Ausrufung der Volksrepublik durch Mao Zedong am 1. Oktober 1949 zeigt (AFP, Peking, 1.10.79, nach MD, 2.10.79; Le Monde, 3.10.79). Darüber hinaus enthält die Ausstellung über die Parteigeschichte, die zum ersten Mal 1961 eröffnet wurde und zu Beginn der Kulturrevolution geschlossen worden war, Fotos von Liu Shaoqi, die ihn auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Partei Chinas in Yan'an im Jahre 1945 zeigen (nach SWB, 5.10.79).

Einen weiteren Hinweis auf die bevorstehende postume Rehabilitierung Liu Shaoqis gab der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Yu Qiuli während seines Besuches in Japan Anfang September d.J. Yu erklärte: "Das chinesische Volk wird den Staatspräsidenten Liu Shaoqi niemals vergessen. Wir werden seine Rolle nach dem Prinzip 'die Wahrheit in den Tatsachen suchen' einschätzen." (Asiaweek, 14.9.79).

Auf der 4. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, die vom 21.-28. September 1979 in Peking stattfand, ist es entgegen einer entsprechenden Ankündigung in der kommunistischen Hongkonger Zeitschrift Zhengming (Nr.24, 1.10.79) noch nicht zu einer offiziellen Rehabilitierung von Liu Shaoqi gekommen. Grund hierfür dürften erhebliche Widerstände gegen die Rehabilitierung Lius von seiten der maoistischen Dogmatiker um Wang Dongxing und von seiten der Leute sein, die der kulturrevolutionären Propaganda auf den Leim gegangen sind - immerhin ist Liu Shaoqi fast zehn Jahre lang in den chinesischen Massenmedien als Chinas schlimmster "Revisionist", "Kapitalist", "Arbeiterverschleimer" und "Landesverräter" dargestellt und beschimpft worden.

- sch -

(20) Volkskongresse auf Provinzebene

Tagungen der Volkskongresse auf Provinzebene sind bereits in der Provinz Henan (13.-19.9.79), in der Provinz Qinghai (20.-28.8.79), im Autonomen Gebiet Tibet (6.-14.8.79) und im Autonomen Gebiet der Uighuren, Xinjiang, (26.8.-5.9.79) abgehalten worden. Gemäß dem auf der 2. Tagung des V. NVK verabschiedeten Organisationsgesetz der lokalen Volkskongresse und der lokalen Volksregierungen wurden auf diesen Tagungen u.a. die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses und die Gouverneure und Vizegouverneure bzw. die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Volksregierungen auf Provinzebene gewählt. Mittlerweile wurde in vier weiteren Provinzen die Einberufung des lokalen Volkskongresses bis zum Ende d.J. beschlossen, und zwar in Gansu, Hunan, Shandong und Zhejiang. Auch die regierungsunmittelbare Stadt Tianjin will bis zum Ende d.J. ihre Vorbereitungen für die Einberufung ihres Volkskongresses abgeschlossen haben (über den Stand der Vorbereitung bzw. Einberufung der Volkskongresse der Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte s. das Thema in diesem Heft).

- sch -

(21) III. Parteikongreß von Yunnan

Die Provinzorganisation der Kommunistischen Partei Chinas in Yunnan hielt ihren III. Kongreß vom 25.-29. August 1979 in der Provinzhauptstadt Kunming ab. Der Kongreß verabschiedete den Bericht des Ersten Provinzparteisekretärs von Yunnan, An Pingsheng, über die Arbeit des II. Provinzpartei-Komitees und wählte die Mitglieder und Kandidaten des III. Provinzpartei-Komitees von Yunnan. In seinem Bericht kritisierte An Pingsheng in heftiger Form die Anhänger der ultralinken Politik der "Viererbande", die nach wie vor innerhalb der Partei Fraktionen bildeten. Dem linken Fraktionismus einiger Parteimitglieder, "insbesondere führender Parteikader", die sich von den Massen gelöst hätten und die Partei zugrunde richten wollten, müsse große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Kämpfe innerhalb der Kommunistischen Partei würden noch eine lange Zeit andauern. Eingehend auf die wirtschaftliche Lage der Provinz Yunnan, vertrat An Pingsheng die Ansicht, daß die landwirtschaftliche Grundlage zu schwach und die Landwirtschaft selbst nicht in der Lage sei, die Nachfrage der Industrie zu befriedigen und mit dem Bevölkerungswachstum mitzuhalten. Dieses Ungleichgewicht sei das gegenwärtig schwierigste Problem in Yunnan. Deshalb bestehe gegenwärtig die Hauptaufgabe darin, die Landwirtschaft verstärkt aufzubauen und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig müsse eine bessere Familienplanung gemacht werden, um die Bevölkerungswachstumsrate erheblich zu senken. Schließlich ging der Erste Parteisekretär von Yunnan auch noch auf die Nationalitätenfrage in der Provinz ein. Neben der Han-Nationalität gebe es in Yunnan 22 nationale Minderheiten, deren Bevölkerung ein Drittel der Gesamtbevölkerung von Yunnan ausmache. Deshalb sei gerade in Yunnan eine gute Arbeit unter den nationalen Minderheiten notwendig, um eine politische Situation, die von Stabilität und Einheit gekennzeichnet sei, in dieser strategisch wichtigen Provinz zu erreichen. Der Han-Chauvinismus müsse entschieden bekämpft und den nationalen Minderheiten entsprechend der Politik der KPCh das Recht auf Autonomie gewährt werden (Radio Yunnan, 24., 25., 28. und 29.8.79, nach SWB, 15.9.79).

- sch -

(22) Umweltschutzgesetz

Auf einer Tagung des Nationalen Volkskongresses zum Gesetz über Umweltschutz sagte Li Chaoba, daß zwar 1973 eine vom Staatsrat einberufene Konferenz einige Maßnahmen zum Umweltschutz beschlossen habe, 1974 sogar eine Gruppe Umweltschutz eingesetzt worden ist, man habe sich dennoch schwere Versäumnisse zuschulden kommen lassen. "Wir haben der wirtschaftlichen Entwicklung Priorität vor der Verschmutzungskontrolle eingeräumt. An vielen Orten wurden Umweltverschmutzungen und ökologische Ungleichgewichte nicht kontrolliert oder verbessert, sondern sie wurden noch schlimmer." Das jetzt diskutierte Gesetz soll aus den Fehlern und den in- und ausländischen Erfahrungen Lehren ziehen. Gegenwärtig schätzt der Autor das ökologische Ungleichgewicht in China als sehr schwerwiegend ein. "Der Einfluß und die Gefahr des ökologischen Ungleichgewichts sind viel weitgehender als das Problem der Umweltverschmutzung." Einige ökologische Zerstörungen seien sogar nicht mehr korrigierbar (XNA, 11.9.79, zit. nach SWB, 25.9.79).

- ga -

(23) Erdbeben in der Inneren Mongolei und in der Provinz Jiangsu

Der Kreis Liyang der Provinz Jiangsu wurde am 9. Juli 1979 von einem Erdbeben der Stärke 6 getroffen. Über Schäden oder Verluste an Menschenleben wurden keine Angaben gemacht. Die Bevölkerung in allen Teilen Chinas sammelte bisher 15.700 Yuan und verschiedene Hilfsgüter, um den vom Erdbeben betroffenen Menschen zu helfen (XNA, 20.8.79).

Ein Erdbeben, das die Stärke 6 auf der Richterskala erreichte, ereignete sich am 25. August 1979 um 0 Uhr 59 im Kreis Wuyuan im Autonomen Gebiet Innere Mongolei. Das Seismologische Amt der VRCh verzeichnete bis zum 26. August um 7 Uhr morgens 371 weitere Erdstöße, deren stärkster die Stärke 5,1 auf der Richterskala erreichte. Durch das Erdbeben wurde kein Mensch getötet, allerdings wurden 104 Verletzte gezählt. Mehr als 400 Häuser wurden zerstört. Der stellvertretende Ministerpräsident Bo Yibo besuchte am 28. August 1979 den Kreis Wuyuan, um die Folgen des Erdbebens vor Ort zu inspizieren. Auf einer Versammlung von über 20.000 betroffenen Personen verlas Bo Yibo eine Sympathiebotschaft des Zentralkomitees und des Staatsrats für die vom Erdbeben betroffene Region. In das Erdbebengebiet wurden ebenfalls ein medizinisches Team und ein Team zur Seuchenbekämpfung entsandt (XNA, 27. und 30.8.79; Radio Innere Mongolei, 29.8.79, nach SWB, 8.9.79).

- sch -

(24) Schwere Unwetter in der Provinz Gansu

Weite Teile der Provinz Gansu sind seit Anfang Juli von schweren Unwettern heimgesucht worden. Radio Gansu berichtete am 30. August 1979, daß wolkenbruchartige Regenfälle, Überflutungen, Hagelschauer und Stürme erhebliche Schäden in der Provinz angerichtet und die Produktion weitgehend zum Erliegen gebracht hätten. Angesichts der schwierigen Aufgaben im Zusammenhang mit der Katastrophenhilfe und der Wiederaufnahme der Produktion beschloß das Revolutionskomitee der Provinz Gansu, die Einberufung der 2. Tagung des V. Provinzvolkskongresses auf Ende Oktober oder November zu verschieben. Ursprünglich sollte der Volkskongreß im August einberufen werden. In einem Rundschreiben forderte das Revolutionskomitee die Delegierten des Volkskongresses auf, der von den Unwettern betroffenen Bevölkerung zu helfen und aktiv bei der Wiederaufnahme der Produktion mitzuarbeiten (Radio Gansu, 30.8.79, nach SWB, 4.9.79).

- sch -

(25) Taifun "Judy" trifft die Provinz Zhejiang

Der Taifun "Judy", bereits der zehnte Taifun dieses Jahres, richtete Ende August in den Küstengebieten der Provinz Zhejiang teilweise erhebliche Schäden an. Der Taifun, der mit einer Windstärke von mehr als 12 besonders in den Kreisen Xiangshan, Putuo, Dinghai, Daishan und Shengsi wütete, forderte ebenfalls eine nicht bekannte Zahl von Menschenleben. Während des Unglücks wurden Bäume entwurzelt, Häuser fielen zusammen, und die Nachrichtenverbindungen wurden unterbrochen. An einigen Stellen brachen die Deiche, so daß die Felder vom Seewasser überflutet wurden. Einige Schiffe gerieten in Seenot und sanken. Auch die Stadt Schanghai wurde von dem Taifun "Judy" gestreift, jedoch blieb der

Schaden gering (XNA, 24. und 25.8.79; Radio Zhejiang, 26.8.79 und Radio Schanghai, 25.8.79, nach SWB, 1.9.79).

- sch -

VERTEIDIGUNG

(26) Zwanzig Atomtests, acht Erdsatelliten, drei neue Kampfflugzeuge und Raketen

In einem detaillierten Bericht zählt Xinhua (24. und 25.9.79) die in den letzten zehn Jahren von China aufgelassenen künstlichen Erdsatelliten sowie die zwanzig durchgeführten Atomversuche auf.

- a) Die zwanzig Atomversuche:
- 16.10.1964: erste Atombombe.
 - 14.5.1965: zweite Atombombe.
 - 9.5.1966: Kernexplosion mit thermonuklearem Material.
 - 27.10.1966: gelenkter Raketen-Nuklearwaffentest.
 - 28.12.1966: neue Atomexplosion.
 - 17.6.1967: erste Wasserstoffbombe.
 - 27.12.1968: zweite Wasserstoffbombe.
 - 23.9.1969: erster unterirdischer Atomversuch.
 - 29.9.1969: Wasserstoffbombe.
 - 18.9.1971: Atombombe.
 - 9.1.1972: Atombombe.
 - 27.6.1973: Wasserstoffbombe.
 - 27.6.1974: Atombombe.
 - 27.10.1975: unterirdischer Atomversuch.
 - 23.1.1976: Atomversuch.
 - 26.9.1976: Atomversuch.
 - 17.10.1976: unterirdischer Atomversuch.
 - 17.9.1976: Wasserstoffbombe.
 - 17.9.1977: Atombombe.
 - 15.3.1978: Atombombe.

b) Die Erdsatelliten:

- Am 24.4.1970 startete China seinen ersten künstlichen Erdsatelliten.
- 3.3.1971: künstlicher Erdsatellit für wissenschaftliche Experimente.
- Danach startete China nacheinander sechs Erdsatelliten, und zwar am 27. Juli, 26. Nov. und 16. Dez. 1975 sowie am 30. Aug. und 7. Dez. 1976, zuletzt am 26. Jan. 1978.

Der am 24.4.1970 aufgelassene Satellit wog 173 kg. Er umkreiste die Erde in 114 Minuten auf einer Flugbahn mit einer größten Erdnähe von 349 km und einer größten Erdferne von 2.384 km; der Neigungswinkel betrug 68,5 Grad. Der am 3. März aufgelassene Satellit für wissenschaftliche Experimente wog 221 kg. Er umkreiste die Erde in 106 Minuten auf einer Flugbahn mit einer größten Erdnähe von 266 km und einer größten Erdferne von 1.826 km, wobei der Neigungswinkel 69,9 Grad betrug. Der am 27.7.1975 aufgelassene Satellit umkreiste die Erde in 91 Minuten auf einer Flugbahn mit einer größten Erdnähe von 186 km und einer größten Erdferne von 464 km unter dem Neigungswinkel von 69 Grad. Der am 26.11.1975 hochgeschossene Satellit umkreiste die Erde in 91 Minuten auf einer Flugbahn mit einer größten Erdnähe von 173 km und einer größten Erdferne von 483 km sowie einem Neigungswinkel von 63 Grad.

c) Überdies präsentierte China im Rahmen seines Modernisierungskurses Anfang September (XNA, 6.9.79) noch Fotos von drei neuen Typen von Kampfflugzeugen eigener Produktion. Abgebildet waren ein "Mittelstreckenbomber im Unterschallbereich" sowie zwei Jagdflugzeuge, die die Bezeichnung "Überschall-Zerstörer" und "Hochgeschwindigkeits-Höhen-Abfangjäger" tragen. Ausländische Experten stellten dazu fest, daß eine Ähnlichkeit zwischen dem chinesischen Mittelstreckenbomber und den sowjetischen TU-16-Bombern besteht. Die "Überschalljäger" ähnelten der amerikanischen F-16 und der "Höhenabfangjäger" der sowjetischen MiG-23.

d) Überdies wurden auch noch neue Raketen vorgestellt. Nach einer Reuter-Meldung vom 22.9.79 wurden zuletzt zwei Lenkwaffen am 21. Aug. und 4. Sept. vom chinesischen Cape Kennedy abgeschossen, also von der Provinz Jilin aus. Die Geschosse seien rd. 1.900 km entfernt bei Lop Nor in der Provinz Xinjiang niedergegangen. Bereits vorher sollen drei Mittelstreckenraketen erprobt worden sein.

Inzwischen will die japanische Nachrichtenagentur Kyodo erfahren haben (zit. in MD Asien, 3.10.79, S.1), daß China mit Erfolg neue Langstreckenraketen erprobt habe. Es gebe "Hinweise" dafür, daß die Volksrepublik die Entwicklung von CSSX-4-Raketen abgeschlossen habe. Das chinesische Verteidigungsministerium habe überdies bestätigt, daß China an der Entwicklung von Interkontinental-Raketen arbeite.

Im Januar 1980 soll auch noch ein Satellitentest stattfinden, der für die Erprobung von Interkontinental-Raketen einen weiteren Meilenstein bilden soll.

Während es sich bei den letzteren Meldungen nur um Vermutungen und Gerüchte handelt, sind die Meldungen über die drei neuen Kampfflugzeuge, über die bis 1978 gestarteten Satelliten und über die bisherigen Nuklearversuche hochoffizielle Verlautbarungen.

Man muß sich fragen, warum Meldungen dieser Art gerade jetzt herausgegeben werden.

- Erklärungsversuch Nr.1: Demonstration des militärischen Modernisierungsprozesses, der teils dem Ausland gegenüber die Kapazitäten Chinas deutlich machen soll, zum Teil aber auch eine Selbstbestärkung der am Aufbauprozeß Beteiligten ist.

- Deutung Nr.2: Am Vorabend der sino-sowjetischen Verhandlungen sollen die Sowjets offensichtlich dafür sensibilisiert werden, mit welchem Gegner sie heute schon zu rechnen haben.

- we -

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG

KUNST UND MASSENMEDIEN

(27) Erstmals gleichzeitige Vertretung der VR China und Taiwans in internationaler Wissenschaftsorganisation

Die Internationale Union für reine und angewandte Chemie (IUPAC) hat auf ihrer Generalversammlung in Davos in gleichlautenden Abkommen die chemischen Gesellschaften der VR China und Taiwans als Mitglieder der IUPAC zugelassen. Damit sind erstmals in einem der 18 wissenschaftlichen Dachverbände, die im International Council of Scientific